



Pressemitteilung vom 27. Februar 2018

Ja zu Fahrverboten, Nein zu Fahrverboten!

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gab heute grünes Licht für Fahrverbote in Deutschlands dreckigsten Städten. Theoretisch dürfen nun also Diesel-Fahrzeuge mit erhöhtem Schadstoffausstoß aus den Innenstädten verbannt werden. Da Hannover zum elitären, hoch stickoxidbelasteten Städtekreis dazu gehört, ringen die hiesigen Ratspolitiker und Ratsfraktionen nun um Wählerstimmen Lösungen.

Hannover – Fahrverbote? Ein klares „Nein!“ gibt es hierzu von den ehemaligen Volksparteien in Hannover, schließlich kann sich keine Partei erlauben, es sich mit den über 15 Millionen deutschen Diesel-Besitzern zu verscherzen. Die Grüne Ratsfraktion fordert die Bundesregierung u.a. auf, rechtliche Grundlagen für die blaue Plakette zu schaffen. Die SPD Ratsfraktion Hannover fordert milliardenschwere Hilfen vom Bund, um die Luft zu reinigen. Die FRAKTION hingegen pfeift auf diese Wählerstimmen und kommentiert die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts gewohnt populistisch:

„Wir sehen doch seit 2015, dass Bund und Kommunen nicht dazu in der Lage sind, die Automobilindustrie in die Pflicht zu nehmen. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass es richtig ist, mit sofortiger Wirkung die Diesel-Dreckschleudern aus den Innenstädten zu verbannen. Denn dann wird sich die Wut der betroffenen Bürger dorthin konzentrieren, wo sie hingehört: auf die Automobilhersteller.

Die verfügen nämlich über die nötige Hardware und haben auch die notwendigen finanziellen Ressourcen um nahezu alle betroffenen alten Diesel nachzurüsten. Sie wollen nur nicht!“, äußert sich der umweltpolitische Sprecher Oliver Förste.

„Die SPD spricht von der ‚Enteignung der DieselfahrerInnen‘, scheut aber wieder mal eine konsequente Politik! Ich hingegen sage ja zur Enteignung - und morgen fangen wir mit VW an!“, ergänzt der Fraktionsvorsitzende Julian Klippert kämpferisch.